

Wege der Sicherheitsgesellschaft

Axel Groenemeyer

Aus: Erich Marks & Wiebke Steffen (Hrsg.):
Sicher leben in Stadt und Land
Ausgewählte Beiträge des 17. Deutschen Präventionstages
16. und 17. April 2012 in München
Forum Verlag Godesberg GmbH 2013, Seite 177-194

978-3-942865-15-9 (Printausgabe)
978-3-942865-16-6 (eBook)

Axel Groenemeyer

Wege der Sicherheitsgesellschaft.

Über den Zusammenhang von gesellschaftlicher Entwicklung, Politik und Sicherheitsmentalitäten im Alltag

Kriminalität und Prävention als Alltagserfahrung

Vor einigen Wochen habe ich im Fernsehen ein interessantes Experiment verfolgt. Die Redakteure einer Sendung, in der es um die Sicherung von Notebooks gegen Diebstahl ging, hatten im Vorraum der Toilette in einer Kneipe ein teures handliches Notebook deutlich sichtbar und unbeaufsichtigt neben dem Waschbecken platziert und eine versteckte Kamera installiert. Nun wurde ein Studiogast gefragt, was er wohl annehmen würde, wie viele der etwa 70 Gäste beiderlei Geschlechts, die in Laufe der Zeit die Toilette aufsuchten, das Notebook mitnehmen würden. Der Studiogast schätzte die Zahl spontan auf etwa 25.

Sie können sich selbst fragen, welche Zahl Sie wohl angeben hätten. Tatsächlich waren aber die Redakteure der Sendung über den Ausgang des Experiments offensichtlich sehr überrascht, denn die meisten waren desinteressiert, einige nahmen das Notebook mit und gaben es dann als Fundsache an der Theke ab, gestohlen hatte das Notebook keiner der 70 Personen.

Eine andere Geschichte spielt während der Fußball-Weltmeisterschaft in Deutschland 2006. In Stuttgart wurden am Fernsehturm ein Koffer und eine Reisetasche gefunden. Passanten nahmen sich der Sachen an und suchten den Eigentümer. Schließlich fand sich ein Spanier, der auf den Fernsehturm gefahren war, um die Aussicht zu genießen. Auf die Frage, ob es denn nicht sehr leichtsinnig sei, seine Sachen einfach so unbeaufsichtigt abzustellen, antwortete er: „Ich habe gedacht, dass Deutschland ein sicheres Land ist, in dem es kaum Kriminalität gibt.“ Immerhin entsprach dies der Imagekampagne des Innenministeriums, die mit Blick auf die Weltmeisterschaft seit 2005 bei der jährlichen Vorstellung der Polizeilichen Kriminalstatistik häufiger verkündet, dass Deutschland eines sichersten Länder Europas, wahlweise auch der Welt sei.

Die meisten von uns fänden höchstwahrscheinlich ziemlich dumm, sein Fahrrad, seine Wohnung oder sein Auto in der Stadt nicht abzuschließen oder in einem Café sein Handy oder sein Portemonnaie auf dem Tisch liegen zu lassen, wenn man zur Toilette geht. Mein neues Autoschließt automatisch die Zentralverriegelung beim Anfahren, so dass niemand bei einem Halt ungefragt von außen die Türen öffnen kann.

Wir rechnen mit Kriminalität, dies ist eine Selbstverständlichkeit, ein Automatismus, über den wir nicht mehr nachdenken. Im Gegenteil, wenn jemand einen Schaden hat, wird als erstes gefragt (oder es wird zumindest daran gedacht), ob er oder sie denn genügend getan hat, um den Schaden zu verhindern. In diesem Sinne hat bei einer Tagung auch mein holländischer Kollege, als es darum ging, ob der Tagungsraum in der Pause abgeschlossen würde, auf die Frage, ob er denn Furcht vor Kriminalität habe, geantwortet: „No, I don't have fear of crime, but I'm not stupid“.

Kriminalität ist in das Alltagsleben eingedrungen und bestimmt sowohl das Verhalten in öffentlichen Räumen als auch soziale Beziehungen, manchmal verbunden mit gefühlter Furcht und Unsicherheit, viel häufiger aber als eine unhinterfragte Lebens Tatsache. Die Möglichkeit Opfer von Kriminalität zu werden und Prävention sind mittlerweile zu einer selbstverständlichen Routine geworden, die zumeist im Alltag gar nicht mehr als solche wahrgenommen wird, und die häufig erst sichtbar wird, wenn, wie in den beiden Geschichten zu Beginn, der Erwartung widersprochen wird.

Kriminalität und die mit ihr verbundene Idee von Prävention strukturieren und regulieren das Alltagsleben, die soziale Ordnung, Politik und Kultur. Kriminalität ist zu einem bedeutsamen Aspekt der Produktion individueller Orientierungen, von Kultur, Handeln und sozialen Beziehungen geworden, und dies scheint durchaus etwas Neues zu sein. Vielfach ist sogar von einem Epochenbruch die Rede, mit dem Risiken und Sicherheit zum alles beherrschenden Orientierungspunkt der Gestaltung individueller Lebensläufe und sozialer Ordnung geworden sind. Es wird von veränderten Sicherheitsmentalitäten ausgegangen, die aber nicht nur die Erfahrungen im Alltag prägen, sondern auch die Politik.

Diese Veralltäglicung und Routinisierung von Sicherheitsbelangen, von Kriminalität und Unsicherheit beschreibt eine zentrale Dimension dessen, was ich mit Sicherheitsgesellschaft bezeichnen möchte. Sicherheitsgesellschaft beschreibt aber nicht nur die Bedeutung von Sicherheitsbelangen für soziale Beziehungen und soziale Ordnung im Alltagsleben, sondern bezieht sich auch auf Entwicklungen von Politiken, die Unsicherheit und Sicherheit als Bezugspunkt haben, d.h. bei denen davon ausgegangen wird, dass sie als Folge (angenommener) Unsicherheitserfahrungen entstehen bzw. mit der Idee konzipiert werden, Sicherheiten zu schaffen. Dabei spielen Entwicklungen der Kriminalpolitik selbstverständlich eine zentrale Rolle und in Diskussionen um Sicherheitspolitik werden Entwicklungen der Kriminalpolitik sehr häufig als Indikatoren für die Entwicklung einer Sicherheitsgesellschaft genannt. Dabei werden zumeist folgende Dimensionen hervorgehoben (Übersicht 1).

Übersicht 1: Dimensionen und Indikatoren des Wandels von Sicherheitsmentalitäten und Prinzipien der Organisierung sozialer Ordnung

- Allgegenwärtigkeit von Bedrohungen der Sicherheit
- Politisierung und Entprofessionalisierung von Sicherheitspolitiken
- Neufiguration öffentlicher Räume durch Privatisierung und Technisierung sozialer Kontrolle
- Wandel der Logik politischer und staatlicher Sicherheitsproduktion
- Entwicklung einer Kontrollkultur der gleichzeitigen Moralisierung und Entmoralisierung abweichenden Verhaltens
- Ablösung der Konstruktion der Sicherheitsbedrohungen von Kriminalität¹

In den Diskussionen innerhalb der Kriminologie hat sich in den letzten Jahren zudem eine Kontroverse darüber entwickelt, ob die Kriminalpolitik u.a. als Folge dieser Entwicklungen durch eine Zunahme von Repression, Exklusion und Punitivität zu kennzeichnen sei. Dabei wird zumeist auf Entwicklungen in den USA hingewiesen, die dann als Vorbote ähnlicher Entwicklungen auch in Deutschland und anderen Ländern Europas interpretiert werden. So heißt es z.B. bei Fritz Sack (2010): „*Es gibt m. E. keinen Zweifel, dass die Kriminal- und Sicherheitspolitik in der Bundesrepublik einen deutlichen Schwenk und ‚turn‘ gemacht hat. Und dies nicht erst kürzlich, nicht auch erst seit „nineelevn“, wie manche Beobachter es haben wollen. ... „Während 1975 noch Forderungen nach Entkriminalisierung vorherrschten, hat sich der Zeitgeist heute in Richtung auf immer mehr und immer schärfere Kriminalisierung gedreht“.*²

Das Reden von Sicherheitsgesellschaft thematisiert also einen Zusammenhang zwischen Alltagserfahrungen (von Unsicherheit und Kriminalität), gesellschaftlichen Entwicklungen (Modernisierung) und der Formulierung, Ausrichtung und Implementation von Politiken. Im Folgenden schauen wir uns die dominanten Diskurse zu diesen Entwicklungen etwas genauer an und liefern einige grobe empirische Hinweise, die möglicherweise etwas zur Verunsicherung gegenüber einfachen Interpretationen beitragen.

Gesellschaftliche Krisendiagnosen und Epochenbrüche

Die soziologischen Gesellschaftsdiagnosen der letzten zwei Jahrzehnte, die z.T. sogar Eingang in das Feuilleton gefunden haben, gleichen sich an diesem Punkt in erstaunlicher Weise, auch wenn jeweils unterschiedliche Ursachen und Bedingungen

¹ Siehe auch: Groenemeyer, Axel (Hrsg.), Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften. S. 11 ff.

² Sack, Fritz, 2010: Der weltweite „punitive Turn“: Ist die Bundesrepublik dagegen gefeit? S. 180 f. in: Groenemeyer, Axel (Hrsg.), Wege der Sicherheitsgesellschaft. Gesellschaftliche Transformationen der Konstruktion und Regulierung innerer Unsicherheiten. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften.

für die gesellschaftliche Entwicklung formuliert werden: Die Gesellschaft ist immer unsicherer geworden, traditionelle soziale Bindungen werden instabil, Arbeit und Lebensläufe werden unberechenbarer, mögliche Lebensstile und kulturelle Orientierungen vervielfältigen sich, womit auch verbindliche Werte und allgemein akzeptierte Normen an Bedeutung verlieren. Die Risiken individueller Lebensgestaltung nehmen zu, die soziale Ordnung und letztlich auch die Demokratie werden bedroht. Der diagnostizierte Epochenbruch ist seit Ende der 1980er Jahre mit den Schlagworten der Risikogesellschaft und der Individualisierung zu einer dominanten gesellschaftlichen Krisendiagnose der Desintegration und Anomie moderner oder spätmoderner Gesellschaften geworden.

Als Beispiel für diese Argumentation habe ich die Anomiediagnose von Wilhelm Heitmeyer ausgewählt, die direkt an die Analysen zur Entwicklung einer Risikogesellschaft anschließt (Übersicht 2).

Ausgehend von gesellschaftlicher Entwicklung als Modernisierung wird eine zunehmende Differenzierung und damit Spezialisierung gesellschaftlicher Sphären und Systeme diagnostiziert, die nach jeweils spezifischen Eigenlogiken und Rationalitätskriterien operieren. Damit verbunden ist ein zunehmendes Risiko, dass die einzelnen Bereiche (z.B. Wirtschaft, Politik, Erziehung etc.) in ihren wechselseitigen Austausch von Leistungen nicht mehr mit einander verbunden sind bzw. wechselseitig Kosten und negative Effekte bei der Verfolgung ihrer jeweils speziellen Logiken auf andere Bereiche oder Systeme abwälzen. Dies ist z.B. dann der Fall, wenn das Wirtschaftssystem negative Auswirkungen auf die Ökologie produziert, deren Kosten aber nicht innerhalb des Wirtschaftssystems anfallen, oder wenn das Erziehungssystem Arbeitskräfte hervorbringt, die innerhalb des Wirtschaftssystems keine Verwendung finden können, oder wenn die Organisation des Wirtschaftssystems dazu führt, dass bestimmte Personengruppen in Folge des Konkurrenzdrucks von Unternehmen und der Notwendigkeit zur Rationalisierung systematisch ausgeschlossen werden. Die Folgen sind dann eine Zunahme sozialer Ungleichheit und sozialer Spaltung, Ausgrenzung sowie auf Seiten der Betroffenen eine Zunahme von Verunsicherung, Machtlosigkeit und Fatalismus.

Übersicht 2: Risikogesellschaft und soziale Desintegration³

DIMENSIONEN DER MODERNISIERUNG	PROBLEMBEREICH	KRISENPHÄNOMENE	PROBLEMATISCHE GESELLSCHAFTLICHE FOLGEN	INDIVIDUELLE/ KOLLEKTIVE BETROFFENHEIT
DIFFERENZIERUNG (SYSTEM)	soziale Positionierung, Existenzsicherung	Strukturkrise	Ausgrenzung, steigende soziale Ungleichheit	Ohnmacht, Machtlosigkeit, Gleichgültigkeit
PLURALISIERUNG (WERTE/ NORMEN/ KULTUR)	Verständigung, Sinn	Regulationskrise	Delegitimierung von Normen, Kontingenz von Werten	Absenkung der Gewaltschwellen
INDIVIDUALISIERUNG (LEBENSWELT)	Anerkennung, Bindungen, Zugehörigkeit	Kohäsionskrise	Vereinzelung und (Re-)Aktivierung von Abgrenzungen	(Selbst-) Ethnisierung

Auf der Ebene der Kultur wird eine zunehmende Pluralisierung diagnostiziert, was bedeutet, dass allgemeine, für alle verbindliche Wertorientierungen und auch Normen im Zuge der gesellschaftlichen Entwicklung an Bedeutung verlieren, zugunsten von Orientierungen an Gruppen und Sub- oder Teilkulturen. Eine Folge hiervon ist die Schwächung verbindlicher Normen, die das Handeln der Individuen reguliert: der gesellschaftliche Zusammenhalt wird brüchig und die Verpflichtungen zur Konformität werden schwächer.

Schließlich wird auf der Ebene des Individuums bzw. der Entwicklung von Identitäten eine zunehmende Individualisierung diagnostiziert, was bedeutet, dass die Einbindung in stabile soziale Netzwerke und Beziehungen unsicherer wird, da diese weniger durch Traditionen (traditionelle Milieus, Ehe und Familienbande, religiöse Gemeinschaften u.ä.) abgesichert sind und soziale Zugehörigkeiten Ergebnis individueller, und damit prinzipiell revidierbarer Entscheidungen werden. Damit werden soziale Bindungen im Alltag und auch die Quellen persönlicher Anerkennung unsicherer, was einerseits zu Isolation, Verunsicherung und Vereinsamung führen kann, andererseits aber auch das Risiko erhöht, in Bewältigung dieser Verunsicherung auf vermeintlich stabile Identitätsanker zurückzugreifen. Heitmeyer entwickelt hier die Idee, dass Tendenzen der Entwicklung fundamentalistischer, nationalistischer und rassistischer Einstellungen nicht die Mobilisierung von Traditionsbeständen darstellt, sondern das Ergebnis individueller Bewältigungsversuchen von Unsicherheitserfahrungen in modernen Gesellschaften darstellt.

Die einzelnen Dimensionen hängen durchaus zusammen und verstärken sich gegenseitig. Dies bringt Heitmeyer prägnant auf den Punkt: „– *Je mehr Freiheit, desto weniger Gleichheit; – je weniger Gleichheit, desto mehr Konkurrenz; – je mehr Konkurrenz, desto weniger Solidarität; – je weniger Solidarität, desto mehr Vereinzelung;*

³ Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 1997: Was treibt die Gesellschaft auseinander? Bundesrepublik Deutschland: Auf dem Weg von der Konsensgesellschaft zur Konfliktgesellschaft, Band 1. Frankfurt/M: Suhrkamp, S. 633

– je mehr Vereinzelung, desto weniger soziale Einbindung; – je weniger soziale Einbindung, desto mehr rücksichtslose Durchsetzung.“⁴ Diese Diagnose wird auch durch die empirischen Untersuchungen im Rahmen des Projekts zur Entwicklung „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ in den letzten zehn Jahren in Deutschland bekräftigt.⁵ Die Diagnose der gesellschaftlichen Entwicklung in Deutschland wird hier für das letzte Jahrzehnt als eine Entwicklung von „Entsicherung, Richtungslosigkeit und Instabilität“ auf verschiedenen Ebenen zusammengefasst.

Selbstverständlich stelle ich diese und ähnliche Perspektiven hier fahrlässig sehr grob vereinfacht dar, und der Ansatz von Heitmeyer hat sich durchaus empirisch bewährt, um z.B. Gewalteinstellungen, Rassismus und ethnische Konflikte zu erklären. Es geht mir also keineswegs darum, die Plausibilität der Interpretation infrage zu stellen. Worauf es mir bei der Darstellung des Beispiels für soziologische Gesellschaftsdiagnosen hier ankommt, ist zunächst folgendes:

Desintegration und Anomie werden hier insbesondere herangezogen zur Erklärung steigender Gewaltbereitschaft und dem Anwachsen von Konflikten. Individualisierung, Pluralisierung, Flexibilisierung und Beschleunigung als zentrale Konzepte verschiedener Ansätze und Perspektiven bedeuten, dass Individuen in spätmodernen Gesellschaften neuen und gesteigerten Anforderungen ausgesetzt sind. Verstanden als Entwicklungs- und Modernisierungsprozess spätmoderner Gesellschaften laufen diese Diagnosen auf eine **grundsätzliche und quasi automatische Zunahme von Verunsicherung** hinaus, und damit unterscheidet sich der dargestellte Ansatz nicht von vergleichbaren Ansätzen.

Diese klassische Idee der allgemeinen Verunsicherung kann durchaus in einem doppelten Sinne verstanden werden: Einerseits als Zunahme von Bedrohungen, von Instabilitäten der Teilhabe und der sozialen Integration, von der natürlich die verschiedenen Gruppen, Schichten und Bevölkerungskategorien in unterschiedlichem Ausmaß betroffen sind. Andererseits bedeutet Verunsicherung aber auch die Zunahme von Sensibilitäten und Empfindlichkeiten für mögliche Bedrohungen und Risiken der Lebensgestaltung und des Alltags. Es steigt eben auch das Bewusstsein für mögliche Risiken und damit die Möglichkeit, normale und außergewöhnliche Allsituationen, Konflikte und Störungen als Bedrohung zu interpretieren. Und es steigt die Möglichkeit, diese Bedrohungen als kollektive Betroffenheit zu skandalisieren. Sicherheit und Unsicherheit werden so zu zentralen Orientierungspunkten und Prävention wird zur Zentralfigur, die untrennbar mit dieser Diagnose verbunden ist. Kriminalität und Unsicherheitserfahrungen und Kriminalitätsfurcht werden so also als automatische Folge von Modernisierungsprozessen verstanden.

⁴ Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 1994: Das Gewalt-Dilemma. Gesellschaftliche Reaktionen auf fremdenfeindliche Gewalt und Rechtsextremismus. Frankfurt/M: Suhrkamp, S. 46

⁵ Heitmeyer, Wilhelm (Hrsg.), 2011: Deutsche Zustände. Folge 10. Frankfurt/M.: Suhrkamp, S. 33 ff.

Die Empirie der Verunsicherung

Nun könnte man leicht einwenden, dass dies alles nun nicht besonders neu sein kann, wo soll denn hierbei der Epochenbruch sein hin zu einer Risiko- oder Sicherheitsgesellschaft?

In der Tat waren die tatsächlichen Bedrohungen in nahezu allen Bereichen wohl in früheren Epochen deutlicher ausgeprägter und weitaus größer. Über die Bedrohung durch Kriminalität wurde in früheren Jahrhunderten ebenfalls diskutiert, das Risiko von Arbeitslosigkeit und Verarmung ist ganz bestimmt keine Erfindung der ausgehenden 20. Jahrhunderts und ein breit angelegtes soziales Sicherungssystem hat sich in bedeutendem Ausmaß für alle erst nach dem Zweiten Weltkrieg entwickelt. Der Bezugspunkt ist aber tatsächlich nicht das 19. Jahrhundert, sondern sind die 1960er und 1970er Jahre, und für diesem Zeitraum haben wir es mit der Zeit des Wirtschaftswunders, der Vollbeschäftigung, des Ausbaus öffentlicher sozialer Sicherungssysteme, sozialer Dienste und des Bildungssystems zu tun, gleichzeitig aber eben auch mit steigenden Kriminalitätszahlen und mit der Auflösung traditioneller Milieus der Industrialisierung, um nur einige der immer wieder genannten Entwicklungslinien zu nennen.

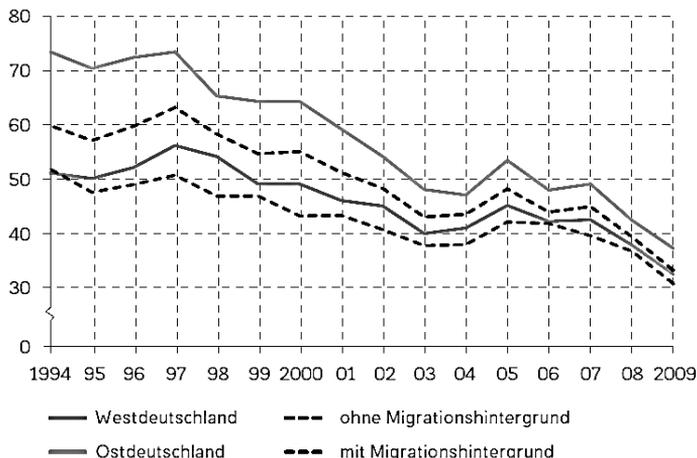
Tatsächlich scheinen die 1990er Jahre im Rückblick als ein sehr spezielles Krisenjahrzehnt, in dem viele sicherheitsrelevante Aspekte kulminierten und das öffentliche Bewusstsein, die Kultur und die Politik in besonderer Weise geprägt haben. Die öffentlichen Diskurse kreisten um steigende Arbeitslosigkeit, wobei zum ersten Male Jugendarbeitslosigkeit und die Situation auf dem Ausbildungsmarkt deutlich sichtbar wurden. Darüber hinaus wurde die bedrohte Wettbewerbslage der deutschen Wirtschaft im Prozess der Globalisierung thematisiert und die Finanzierbarkeit des Sozialstaats öffentlich problematisiert und dramatisiert sowie restriktivere Reformen der sozialen Sicherungssysteme auf den Weg gebracht. Straßekriminalität sowie insbesondere Drogenkriminalität und öffentliche Drogenszenen in den Städten wurden zu einem beherrschenden Thema öffentlicher Problematisierung.

Diese Krisenindikatoren bildeten sich empirisch u.a. ab in steigenden Raten von Kriminalitätsfurcht. Die Kriminalitätsfurcht war seit Mitte der 1970er Jahre rückläufig, stieg aber gegen Ende der 1980er Jahre deutlich an und wurde zudem zu einem neuen und wichtigen Orientierungspunkt kommunaler und nationaler Politik. Es ist also durchaus kein Zufall, dass sich Kriminalprävention in den 1990er Jahren zu einem zentralen Politikziel und Instrument entwickelte und sich in allen größeren Städten kommunale Präventionsräte etablierten. Ähnliche Entwicklungen zeigten sich auch in nahezu allen anderen modernen westlichen Ländern, allerdings bereits in den 1970er und 1980er. Deutschland war im Hinblick auf diese Entwicklung eher ein später Nachzügler.

Die Argumentation der meisten gesellschaftlichen Krisendiagnosen geht davon aus, dass sich die Strukturentwicklung spätmoderner Gesellschaften in einer Ausbreitung allgemeiner Verunsicherung niederschlägt. Dies betrifft direkt auch die Entwicklung von Kriminalitätsfurcht, insofern die allgemeine soziale Verunsicherung der gesellschaftlichen Modernisierung über die mediale und politische Konstruktion von Sündenböcken, wie z.B. Drogenabhängige, Pädophile und Migranten, auf das Kriminalitätsthema umgelenkt wird. Die öffentliche, mediale und politische Problematisierung von Kriminalität und die Konstruktion von Kriminalitätsbedrohungen werden also demnach als eine Umlenkung allgemeiner Verunsicherung verstanden. Kriminalitätsfurcht bzw. Kriminalitätssorgen werden also als Metapher für soziale Unsicherheit interpretiert. Auch wenn sie ein sehr grober Indikator ist, dessen Aussagekraft schon häufig kritisiert wurde, so geben Entwicklungen der Kriminalitätsfurcht bzw. der Kriminalitätssorgen doch in diesem Sinne immerhin einen Anhaltspunkt für die tatsächliche Entwicklung subjektiver Unsicherheitserfahrungen (bezogen auf den Bereich der Kriminalität) wider.

In der sozialwissenschaftlichen Forschung hat sich mittlerweile, empirisch immer wieder nachgewiesen und als selbstverständliche Evidenz etabliert, dass in der Tat das Ausmaß der Kriminalitätsfurcht bzw. Kriminalitätssorgen und die Wahrnehmung von Kriminalitätsbedrohungen so gut wie nichts mit der Entwicklung von kriminellen Delikten zu tun hat, also auch nicht mit dem Ausmaß der Kriminalität erklärt werden kann.

Allerdings stellt die empirische Entwicklung der Kriminalitätsfurcht die gesellschaftlichen Krisendiagnosen vor Probleme, insofern als sich die Hypothese steigender Kriminalitätsfurcht empirisch eben nicht nachweisen lässt, denn seit Anfang der 2000er Jahre sinkt die Kriminalitätsfurcht in allen Umfragen in Deutschland z.T. deutlich (Schaubild 1)

Schaubild 1: Entwicklung von Sorgen und Kriminalität in Deutschland⁶

Antwortkategorien: große Sorgen, einige Sorgen, keine Sorgen. Migrationshintergrund schließt eigene und elterliche Migrationserfahrung mit ein.

Datenbasis: SOEP 1994-2009.

Und damit komme ich wieder zurück zu meinem spanischen Fußballfan in Stuttgart. Spätestens seit der Weltmeisterschaft 2006, wenn auch vermutlich nicht wegen ihr, zeigt die Entwicklung der Kriminalitätsfurcht in Deutschland einen deutlichen Rückgang und dies entspricht durchaus auch der politischen Präsentation, die seit 2006 immer wieder darauf hinweist, dass Deutschland zu den „sichersten Ländern Europas“ (manchmal auch der Welt) gehört. Und diese Botschaft ist offenbar bei dem spanischen Fußballfan durchaus angekommen.

Kriminalität und Kriminalitätsbedrohung gehört in Deutschland nicht mehr zu den großen Problemen, um die sich die Bevölkerung Sorgen macht. In diesem Sinne kann also kaum von einer allgemeinen Zunahme der gesellschaftlichen Verunsicherung gesprochen werden. Die Zusammenhänge zwischen sozialer und allgemeiner Verunsicherung auf der einen und die Wahrnehmung von Kriminalitätsbedrohungen auf der anderen Seite scheinen durchaus komplexer zu sein. Eigentlich müsste man auf der Grundlage von Krisendiagnosen der Desintegration erwarten, dass mit fortschreitender Modernisierung Individualisierung und damit die Risiken der Desintegration steigen, und damit auch das Niveau von Gewalt, wie es das gezeigte Zitat von Heitmeyer ja auch ausdrückt. Dies ist nun aber zumindest für Deutschland, aber auch selbst für

⁶ Quelle: Dittmann, Jörg, 2011: Wahrnehmung und Bewertung der öffentlichen Sicherheit. S. 297-301 in: Statistisches Bundesamt (Destatis), Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung (WZB), Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) (Hrsg.), Datenreport 2011. Bonn: Bundeszentrale für politische Bildung, S. 297.

die USA nicht der Fall. Ganz im Gegenteil, seit einigen Jahren geht Gewalt, z.T. sehr deutlich zurück. Die Hypothese, dass mit Modernisierung automatisch Desintegration und damit auch Kriminalität und Kriminalitätsfurcht steigt, ist offenbar mit der Empirie nicht so einfach in Einklang zu bringen.

Im europäischen Vergleich verkompliziert sich der Sachverhalt weiter. Während also in Deutschland die Kriminalitätsfurcht abgenommen hat, ist demgegenüber in den letzten Jahren z.B. in Frankreich, Belgien, den Niederlanden, Großbritannien und Spanien die Kriminalitätsfurcht z.T. sogar deutlich angestiegen.

Hier kommt die Politik in Spiel.

Die Politik der Sicherheitsgesellschaft

Im internationalen Vergleich deuten die Entwicklungen in Frankreich, den Niederlanden und Portugal hierzu auf interessante Aspekte hin: Sowohl in Frankreich als auch in den Niederlanden sind politische Konstellationen entstanden, in den rechte bzw. rechtsextreme Parteien ein sehr großes politisches Gewicht haben, die gerade auch Parteienmehrheiten in der politischen Mitte bedrohen. Auch aus diesem Grund haben nahezu alle politischen Parteien dort innere Sicherheit zu einem expliziten politischen Projekt gemacht und in Regierungshandeln umgesetzt. Die Folge war in beiden Staaten in den letzten Jahren eine deutliche Ausweitung repressiver Maßnahmen der Strafverfolgung und der Verurteilungspraxis, die aber keineswegs zu einer Reduzierung der Wahrnehmung von Kriminalitätsbedrohungen führte, sondern Kriminalitätsfurcht deutlich steigen ließ.

Auf der anderen Seite ganz anders Portugal, das noch Mitte der 1990er Jahre die höchste Gefangenenrate in Westeuropa hatte. Mit einer radikalen Entkriminalisierung des Drogenkonsums und einer Liberalisierung der Verurteilungspraxis hat sich die Gefangenenrate seit 2002 um ein Drittel auf das Level von Deutschland reduziert. Parallel dazu ist die Kriminalitätsfurcht aber eher gleich geblieben.

Der Zusammenhang zwischen der Bedeutung von Kriminalität und Kriminalitätsfurcht in der Bevölkerung und der politischen Entwicklung wird allerdings in der Kriminologie zumeist andersherum interpretiert. So soll nicht eine bestimmte Politik die Kriminalitätsfurcht verändern, sondern die Ausbreitung von Kriminalitätsfurcht soll die Politik beeinflussen, indem die politischen Parteien und die Regierung in demokratischen Prozessen die Bedürfnisse der Bürger und Bürgerinnen aufnehmen und in politische Maßnahmen überführt.

So wurde z.B. von David Garland am Beispiel der USA und Großbritannien die These entwickelt, dass mit dem Anstieg der Kriminalität in den 1960er Jahren die Kriminalitätsbedrohungen nun auch für mittlere Schichten erfahrbar und zum Thema wurden. Gerade diese Schichten, die lange als Trägergruppen von Ideen der Rehabilitation

von Straffälligen und professioneller Behandlungsformen auftraten, forderten nun eine repressivere Politik. Parallel dazu sollen auch sozialpolitische Sicherungssysteme an Legitimität und Akzeptanz eingebüßt haben. Die Folge hiervon war der Beginn eines „Krieges gegen die Drogen“ und eines „Krieges gegen Kriminalität“, in dessen Verlauf punitive und repressive Maßnahmen in einem bisher nicht bekannten Ausmaß zunahmen und der Zugang zu sozialpolitischen Leistungen deutlich erschwert wurde. Vereinfacht lautet die Argumentation also: steigende Kriminalität führt zu steigender Kriminalitätsbedrohung und wachsender Kriminalitätsfurcht, die dann zu einer Ausbreitung punitiver Einstellungen, zu einem Legitimationsverlust sozialpolitischer Sicherungssysteme und letztlich zu repressiver und punitiver Kriminalpolitik führt (These 1).

These 1 : Die Kultur der Kontrolle⁷

Steigerung der Kriminalitätsraten

- ⇒ Ausweitung von Kriminalitätsbedrohungen und Kriminalitätsfurcht
- ⇒ Anwachsen punitiver Einstellung und Legitimationsverlust von Sozialpolitik (insbesondere bei den Eliten der Mittel- und Oberschicht)
- ⇒ Repressive und punitive Kriminalpolitik

Eine alternative Hypothese geht davon aus, dass Kriminalitätsbedrohungen und Kriminalitätsfurcht durch die Politik produziert wird, um sie strategisch für Wahlkämpfe zu instrumentalisieren. Mit der Professionalisierung politischer Kampagnen auf der Grundlage von Meinungsumfragen in den USA der 1960er Jahre wurde innere Sicherheit zu einem Wahlkampfthema. Während vorher Kriminalpolitik als Thema für professionelle Debatten galt, die von Juristen und eventuell noch von Professionen der sozialen Dienste dominiert wurde, wird sie seitdem popularisiert und Gegenstand öffentlicher Debatten. Dadurch setzt eine Thematisierungsspirale ein, da sich andere Parteien dieser Strategie nicht widersetzen können und die Parteien sich in der Konkurrenz um Stimmen und Legitimation gegenseitig darin zu überbieten suchen, wer sich „tougher on crime“ präsentieren kann (These 2).

⁷ Garland, David, 2008: Kultur der Kontrolle. Verbrechensbekämpfung und soziale Ordnung in der Gegenwart. Frankfurt/M.: Campus [am. org. 2001: The Culture of Control. Crime and Social Order in Contemporary Society. Chicago, Oxford: University of Chicago Press].

These 2 : Governing through Fear and Crime⁸

Parteienkonkurrenz, Finanzierungsprobleme für Staatsausgaben und Verlust nationalstaatliche Steuerungsfähigkeit infolge der Globalisierung

- ⇒ strategische Nutzung von Kriminalitätsbedrohungen in Wahlkämpfen
- ⇒ Anwachsen von Kriminalitätsfurcht und Kriminalitätsbedrohungen
- ⇒ Repressive Kriminalpolitik und Allgegenwärtigkeit von Prävention und Kontrolle

Diese politische Strategie wurde in den 1990er Jahren dann über Großbritannien auch nach Europa importiert. Wer erinnert sich nicht an die Schill-Partei, die bei der Bürgerschaftswahl 2001 fast 20 Prozent der Stimmen errang. Allerdings scheint dies zumindest in Deutschland kein Automatismus zu sein, denn Roland Koch verlor z.B. mit einer ähnlichen Wahlkampfstrategie 2008 die Mehrheit in Hessen. Zudem sind die institutionellen Voraussetzungen in Europa deutlich anders als in den USA, wo auch Staatsanwälte, Richter und Polizeichefs gewählt werden und Laienrichter eine sehr große Bedeutung haben, während die Unabhängigkeit einer professionellen Justiz offenbar durchaus eine Begrenzung für einen ausufernden kriminalpolitischen Populismus darstellen kann.

Schließlich gibt es noch eine dritte Hypothese zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen Kriminalitätsbedrohungen und Politik. Die Grundidee geht davon aus, dass sich seit den 1970er Jahren die Bedingungen des ökonomischen Konkurrenzkampfes auf dem Weltmarkt radikal verändert haben. Die Globalisierung und die damit verbundenen Möglichkeiten der Abwanderung von Produktion und Kapital führen zu internationalen Standortkonkurrenzen, in denen Kostengesichtspunkte, insbesondere Arbeitsschutzrechte sowie Steuer- und Sozialabgaben zu zentralen Orientierungspunkten der Wirtschaftspolitik geworden sind. Die damit verknüpfte Durchsetzung neoliberaler Strategien führt zur Privatisierung von Staatsaufgaben und sozialen Risiken sowie zur Übertragung von Sozialbeiträgen von den Unternehmen auf die Arbeitnehmer und Arbeitnehmerinnen. Da dies mit einer steigenden sozialen Ungleichheit einhergeht, wird repressive Kriminalpolitik und Kontrolle zu einem Ersatz für öffentliche und staatliche soziale Sicherung und zum zentralen Bezugspunkt der Herstellung sozialer Ordnung und Sicherheit (These 3).

⁸ Simon, Jonathan, 2007: *Governing Through Crime. How the War on Crime Formed American Democracy and Created a Culture of Fear*. Oxford: Oxford University Press.

These 3 : Neoliberale Regierung sozialer Unsicherheiten⁹

Finanzierungsprobleme für Staatsausgaben und Verlust nationalstaatliche Steuerungsfähigkeit infolge der Globalisierung

- ⇒ Neoliberale Orientierungen in Wirtschaft und Politik
- ⇒ Privatisierung von Staatsaufgaben, Reduzierung von Steuerbeiträgen
- ⇒ Repressive und punitive Kriminalpolitik ersetzt Sozialpolitik zur Herstellung sozialer Ordnung und Kontrolle der Armen

Alle diese Perspektiven haben durchaus eine gewisse Plausibilität. Tatsächlich zeigt sich doch, dass Gewalt und Kriminalität sich häufig in marginalisierten Stadtteilen konzentriert, und je schwerer die Kriminalität, desto häufiger sind Täter aus unteren Schichten beteiligt. Eine defizitäre soziale Sicherung und soziale Ungleichheit haben also durchaus etwas mit Kriminalität zu tun, auch wenn die empirische Forschung zu diesem Zusammenhang überwiegend zu dem Ergebnis kommt, dass kein **linearer** Zusammenhang zwischen der Armut, Schichtzugehörigkeit oder dem Einkommen und Kriminalität besteht. Vielmehr ist es die räumliche Konzentration von Armut und das Ausmaß sozialer Ungleichheit, die als Ursache für Kriminalität und Gewalt bedeutsam werden. Und die kann durchaus Gegenstand von Politik sein.

Allerdings sinkt ja die Kriminalität, auch in den USA, trotz wachsender sozialer Ungleichheit und trotz eines Rückzugs aus der – wenn auch im Vergleich zu Europa geringfügigen – sozialstaatlichen Sicherung der Armen. Und dieser Rückgang der Kriminalität setzte sich auch trotz der Verbreitung neoliberaler Ideologie durch. Folglich gibt auch der empirische Forschungsstand für einen **direkten ursächlichen** Zusammenhang zwischen öffentlicher und staatlicher sozialer Sicherung und Kriminalitätsentwicklung nicht viel her. Die Zusammenhänge zwischen sozialer Sicherung und Kriminalitätsfurcht oder Kriminalitätssorgen scheinen durchaus komplizierter als es in der These von Wacquant angenommen wird.

Damit soll nicht bestritten werden, dass Sozialpolitik auch etwas mit Kriminalität und mit Kriminalitätsfurcht zu tun hat. Tatsächlich geht nämlich im internationalen Vergleich eine wohlfahrtsstaatliche Orientierung der Politik durchaus einher mit geringerer Kriminalitätsfurcht und einem hohen Vertrauen in die Institutionen des politischen Systems. Die gilt vor allen in Bezug auf Skandinavien, wo sich bislang ein hohes Ausmaß staatlicher sozialer Sicherung mit niedriger Kriminalitätsbedrohung trifft und die Gefangenraten, durchaus trotz veränderter politischer Rhetorik, erstaunlich stabil und niedrig geblieben sind. Allerdings haben Sozialpolitik und Soziale Sicherung eigene

⁹ Wacquant, Loïc, 2009: Bestrafen der Armen: Zur neoliberalen Regierung der sozialen Unsicherheit. Opladen: Barbara Budrich [am. org. 2009: Punishing the Poor: The Neoliberal Government of Social Insecurity. Durham: Duke University Press].

Zielsetzungen und Effekte, insbesondere auf auch soziale Verunsicherung und Gerechtigkeit, die einen eigenen Wert haben und weder einer Instrumentalisierung durch Kriminalprävention bedürfen noch über eine Indienstrafe durch Kriminalpolitik entwertet werden sollten. Darauf hat ja bereits auch das Gutachten zum Präventionstag von Wiebke Steffen hingewiesen.¹⁰

Gegen die u.a. von Garland vorgetragene These eines Bedeutungsverlustes von rehabilitativen und resozialisierenden Maßnahmen und dem Ansteigen punitiver Einstellungen infolge wachsender Kriminalitätsbedrohungen kann für Deutschland vorgebracht werden, dass insgesamt weder sozialpolitische Sicherungssysteme an öffentliche Legitimation eingebüßt haben noch eine Zunahme punitiver Einstellungen gegenüber Straffälligen festgestellt werden kann. So kommt z.B. Reuband zu dem Ergebnis, dass die Auffassungen über Strafzwecke in der Bevölkerung als „Mischung von repressiven und rehabilitativen Strafprinzipien“ zwischen 1970 und 2003 erstaunlich stabil geblieben sind, z.T. rehabilitative Orientierung in letzter Zeit sogar zunehmen.¹¹

Auch scheint sich eine neoliberale Orientierung zumindest in der Bevölkerung Europas keineswegs so flächendeckend durchgesetzt zu haben, wie es im Rahmen der dritten These zu erwarten wäre. Auch wenn es vielleicht nicht der beste Indikator für neoliberale Orientierungen ist, so kann die Auffassung, dass Armut eine Folge individuellen Versagens ist, doch zumindest annäherungsweise eine zentrale Dimension der Privatisierung von Verantwortlichkeit abbilden. Allerdings nimmt zwischen 1977 und 2009 z.B. der Anteil derer, die davon ausgehen, dass Armut von den Armen selbst verantwortet wird, in Europa offenbar deutlich ab (Tabelle 1). Ausnahmen stellen die Niederlande und Dänemark dar, die allerdings in den letzten Jahren einen durchaus radikalen Wandel grundlegender politischer Orientierungen durchgemacht haben.

¹⁰ Steffen, Wiebke, 2012: Sicher leben in Stadt und Land. Sicherheit als Grundbedürfnis der Menschen und staatliche Aufgabe (Gutachten für den 17. Deutschen Präventionstag 16. & 17. April 2012 in München). München.

¹¹ Reuband, Karl-Heinz, 2010: Steigende Punitivität oder stabile Sanktionsorientierungen der Bundesbürger? Das Strafverlangen auf der Deliktenebene im Zeitvergleich. Soziale Probleme Soziale Probleme 21/1: 98-116.

*Tabelle 1: Wahrgenommene Ursachen von Armut in Europa 1977-2009
(% Antworten: Armut ist eine Folge von Faulheit und mangelndem Willen)*

Land	1977	2007	2009
Deutschland	23	18	15
Frankreich	16	14	11
Italien	20	19	10
Vereinigtes Königreich	43	26	26
Dänemark	11	15	13
Niederlande	12	13	13
Belgien	22	18	14

Datenquellen: Eurobarometer 1977: 72; Eurobarometer 2007: 34, Eurobarometer 2009, Anhang. Tabelle übernommen aus: Albrecht, Hans-Jörg, 2011: Bestrafung der Armen? Zu Zusammenhängen zwischen Armut, Kriminalität und Strafrechtsstaat. S. 111-129 in: Dollinger, B./Schmidt-Semisch, H. (Hrsg.), Gerechte Ausgrenzung? Wohlfahrtsproduktion und die neue Lust am Strafen. Wiesbaden: VS – Verlag für Sozialwissenschaften, S. 120.

Kriminalitätsbedrohungen und Kriminalitätsfurcht sind offenbar heutzutage sehr viel weniger, und schon gar nicht automatische eine Metapher für allgemeine und soziale Unsicherheiten. Vielmehr deuten die Umfrageergebnisse darauf hin, dass soziale Verunsicherungen und Fragen sozialer Gerechtigkeit durchaus auch direkt als solche, und ohne Bezug zu Kriminalitätsbedrohungen, problematisiert werden können. Wenn es in den Umfragen um Sorgen und Probleme geht, so liegen Fragen sozialer Sicherung und Gerechtigkeit seit einigen Jahren immer auf den vordersten Plätzen. Demgegenüber liegen Kriminalitätsbedrohungen, aber auch Sorgen um Migration, trotz des Eindrucks, der vielfach über die Medien verbreitet wird, entweder auf den hinteren Plätzen oder diese Themen werden fast gar nicht genannt.

Der Alltag der Prävention und die Kriminalität im Alltag

Unabhängig davon, mit welchen Schlüsselbegriffen argumentiert wird, bekommen Gesellschaftsdiagnosen, die als Krisendiagnosen von einem Automatismus der Produktion von Unsicherheit ausgehen, Probleme mit der Empirie, wenn sowohl Kriminalität als auch Kriminalitätsfurcht zurückgehen. Insbesondere die mit diesen Diagnosen verbundene Hilfskonstruktion der (medialen und/oder politischen) Umlenkung sozialer Verunsicherung auf Kriminalitätsbedrohungen funktioniert nur unter bestimmten institutionellen und politischen Bedingungen.

Individualisierung, Risiken der Desintegration und der Verunsicherung von Inklusionen stellen neue Anforderungen an die Individuen, die allerdings offenbar von vielen durchaus bewältigt werden, die aber auch nicht alle in gleichem Maße betreffen. Allerdings, und damit komme ich zurück zu meinem Anfang, haben wir es durchaus mit gesellschaftlichen Veränderungen oder gar Transformationen zu tun, die sich aber

nur z.T. in der Politik der Sicherheit niederschlagen und die sich eben auch nur z.T. in veränderten bzw. steigenden Bedrohungsgefühlen und Kriminalitätsfurcht übersetzt. Verunsicherung und Kriminalitätsbedrohung sind keine automatische Folge gesellschaftlicher Entwicklung, sondern auch und in erster Linie das Ergebnis von Politik.

Die Transformationen, die ich hier betonen möchte, und für die es bislang nur Ansätze der Analyse gibt, beziehen sich auf eine Veränderung sozialer Beziehungen zwischen Fremden, auf die Orientierungen in öffentlichen Räumen und auf die routinisierte Alltagspraxis. Wir haben gelernt, mit Kriminalitätsbedrohungen umzugehen, wir erwarten sie und haben Prävention verinnerlicht. Es hat sich eine Sensibilität für Bedrohungen entwickelt, die sich als Sicherheits- und Präventionsmentalität nicht unbedingt in Furcht, Sorgen und Bedrohungsgefühle übersetzen muss.

Wenn ich also den Begriff der Sicherheitsgesellschaft durchaus für sinnvoll zur Beschreibung von Veränderungen halte, dann ist damit nicht gemeint, dass Sicherheit der alles dominierende Bezugspunkt von Politik geworden sei und alle Bedrohungen automatisch als Kriminalitäts- und Kontrollproblem gedeutet werden. Dieser Aspekt ist als Fragestellung durchaus wichtig, aber genauso wichtig ist die Frage, wie sich Sicherheitsmentalitäten entwickeln und auf die Organisation des Alltags niederschlagen.

Aber auch hierbei ist die Politik von zentraler Bedeutung. Denn wenn die Gesellschaftsdiagnosen in dem Punkt plausibel sind, dass die Anforderungen an die Individuen in Laufe der Individualisierung und Pluralisierung gewachsen sind, so gibt es doch viele, die an diesen Anforderungen scheitern, indem sie nicht die notwendige Toleranz für Abweichungen aufbringen können, indem sie keine routinisierten Mechanismen der Verarbeitung von Unsicherheiten aufbringen können oder weil diese Verunsicherungen in der Tat ein Ausmaß annehmen, dass die soziale Existenz in Frage gestellt wird. Dies hat sehr viel mit sozialer Sicherung, sozialer Gerechtigkeit und sozialer Politik zu tun. Kriminalprävention ist allerdings ebenfalls an der Produktion von Sicherheitsmentalitäten beteiligt, wenn sie die Illusion verbreitet, dass über entsprechende Vorsorge und entsprechendes Verhalten Kriminalität tatsächlich verhindert werden könnte und über „Sicherheitswarnungen“ Sensibilitäten für vermeintlich sicherheitsrelevante Situationen produziert werden, und in der Folge jedwede Interaktion mit Fremden in der Öffentlichkeit zunächst unter Aspekten einer möglichen Kriminalitätsbedrohung gescheckt werden. Die Folge hiervon kann dann tatsächlich sein, dass Sicherheitsmentalitäten in das münden, was Heitmeyer unter „gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit“ versteht: Nicht jeder Fremde, der nach dem Weg fragt, ist ein potentieller Taschendieb und sollten spezielle Routinisierungen von bestimmten Verhaltensweisen zur Folge haben. Es bleibt zu hoffen, dass Kriminalprävention hierbei erfolglos bleibt.

Wenn in dem Gutachten zu diesem Präventionstag für eine Stärkung sozialer Prävention plädiert wird, so hat dies absolut seine Berechtigung, nur sollte man eben soziale Gerechtigkeit und soziale Sicherung auch losgelöst von Kriminalität begreifen können. Es handelt sich um eigene Werte, deren Verknüpfung mit Kriminalität und Kriminalitätsbedrohungen durchaus riskant ist. Sozialpolitik und soziale Gerechtigkeit brauchen nicht der Begründung durch Kriminalitätsbedrohungen.

Inhalt

Vorwort	1
I. Der 17. Deutsche Präventionstag im Überblick	
<i>Deutscher Präventionstag und Veranstaltungspartner</i> Münchener Erklärung	5
<i>Erich Marks / Karla Schmitz</i> Zusammenfassende Gesamtdarstellung des 17. Deutschen Präventionstages	9
<i>Erich Marks</i> “Sicher is’, dass nix sicher is’, drum bin i’ vorsichtshalber misstrauisch.” zur Eröffnung des 17. Deutschen Präventionstages	35
<i>Wiebke Steffen</i> Gutachten für den 17. Deutschen Präventionstag: Sicher leben in Stadt und Land	47
<i>Joachim Herrmann</i> Grußwort des Bayerischen Staatsministers des Innern	121
<i>Christian Ude</i> Grußwort des Oberbürgermeisters der Landeshauptstadt München	127
<i>Rainer Strobl / Christoph Schüle / Olaf Lobermeier</i> Evaluation des 17. Deutschen Präventionstages	131
II. Praxisbeispiele und Forschungsberichte	
<i>Axel Groenemeyer</i> Wege der Sicherheitsgesellschaft	177
<i>Norbert Seitz</i> Facetten des Bevölkerungsschutzes – nicht polizeiliche Sicherheitsinteressen von Bürgerinnen und Bürgern	195
<i>Rita Haverkamp</i> Gefühlte Sicherheiten und Sicherheitsgefährdungen – Barometer Sicherheit in Deutschland (BaSiD)	205
<i>Bernhard Frevel / Christian Miesner</i> Das Forschungsprojekt Kooperative Sicherheitspolitik in der Stadt - KoSiPol	215

<i>Dirk Behrmann / Anke Schröder</i> Kriminalprävention in der Stadtentwicklung - ein Blick in vier Europäische Länder	221
<i>Holger Floeting</i> Sicherheit in deutschen Städten. Ergebnisse zweier Kommunalumfragen	231
<i>Sybille Oetliker / Tillmann Schulze</i> Sichere Schweizer Städte 2025	237
<i>Joachim Häfele</i> Zum Einfluss von abweichendem Verhalten auf das subjektive (Un-) Sicherheitsgefühl und personale Kriminalitätseinstellungen. Eine Mehrebenenanalyse	243
<i>Dieter Hermann</i> Bedingungen urbaner Sicherheit - Kriminalprävention in der Postmoderne	275
<i>Wilfried Blume-Beyerle / Robert Kopp</i> S.A.M.I. – ein Gemeinschaftsprojekt aller Behörden und Institutionen in München zur Verbesserung der Sicherheit und Ordnung im öffentlichen Raum	291
<i>Martin Schairer</i> Sicher leben in der Stadt – der zentrale Beitrag der kommunalen Mandatsträger	297
<i>Herbert Schubert</i> Die Sicherheitspartnerschaft im Städtebau und das Qualitätssiegel für sicheres Wohnen in Niedersachsen	303
<i>Frederick Groeger-Roth / Herbert Schubert</i> „Das kommt aus Amerika, das geht hier nicht...“ Erfahrungen mit „Communities That Care – CTC“ in Niedersachsen.	329
<i>Christiane Sadeler</i> Trotz alledem: die Geschichte der Kriminalprävention in Kanada am Beispiel einer Gemeinde	345
<i>Marie-Luis Wallraven-Lindl</i> Städtebauliche Kriminalprävention	347
<i>Detlev Schürmann</i> Sicherheitsaudit zur Städtebaulichen Kriminalprävention	359

<i>Melanie Blinzler</i> Nachhaltigkeit und Kommunale Prävention	373
<i>Bernd Fuchs / Reiner Greulich</i> Netzwerk Rhein-Neckar / Heidelberg - Chancen genutzt und auf Dauer angelegt	383
<i>Rainer Cohrs</i> Sicher in Bus und Bahn - Präventionsarbeit bei der Münchner Verkehrsgesellschaft	395
<i>Gunnar Cronberger / Guido Jabusch</i> Schritt für Schritt – ÖPNV-Nutzung durch Menschen mit geistiger Behinderung	399
<i>Gerd Neubeck</i> Ganzheitliche Sicherheitskonzepte setzen einen Schwerpunkt auf Prävention	405
<i>Wolfgang Gores / Julia Muth</i> Zivilcourage Ja! - Aber wie?	407
<i>Christian Weicht</i> Räumliche Kriminalprävention – Jugend im öffentlichen Raum	411
<i>Thomas Kutschaty</i> Konzepte und Maßnahmen einer umfeldbezogenen Jugendkriminalprävention in Nordrhein-Westfalen	417
<i>Andreas Mayer</i> Präventionsangebote für ältere Menschen im Zeichen gesellschaftlichen Wandels	433
<i>Holger Bölkow / Celina Sonka</i> Phänomenübergreifende Prävention politisch motivierter Gewaltkriminalität	445
<i>Helmut Fünfsinn / Helmut Seitz</i> Elektronische Aufenthaltsüberwachung	449
<i>Silke Eilzer / Heinz-Peter Mair</i> Elektronische Aufenthaltsüberwachung in Europa	457
III Autoren	465